

Kein Verständnis für überraschenden Förderstopp

Schnelles Internet wird ausgebremst - Kommunen fordern Klarheit



Wer mit Fördermitteln vom Bund sein Breitbandnetz ausbauen wollte, hängt jetzt in der Luft. Daher fordern die Kommunen Klarheit. (Foto: dpa)

Von Linda Seiss

Landkreis Tuttlingen

„Fatal“, „bitter“, „Katastrophe“: So beschreiben Bürgermeister im Landkreis Tuttlingen den überraschenden ab Mitte Oktober geltenden Antragsstopp des Bundes beim Glasfaserausbau. Denn quasi von heute auf morgen ist den Kommunen mitgeteilt worden, dass der Fördertopf für dieses Jahr leergefegt sei. Nun blicken sie in Sachen Digitalisierung ungewiss in die Zukunft. Die Forderungen an Berlin sind jedoch klar.

„Das ist ein fatales Signal des Bundes, was er sendet. Vor allem gab es dafür keinerlei Vorankündigung“, sagt Fridingens Bürgermeister Stefan Waizenegger. Insgesamt sind laut Angaben des Landratsamtes elf der 35 Kommunen im Kreis von dem zwischenzeitlichen Förderstopp betroffen. So auch die Stadt Fridingen. Dass die Förderung und gute Konditionen besonders für den ländlichen Raum sowie kleinere Kommunen wichtig sind, zeigen Waizenegger und auch Seitingen-Oberflachs Bürgermeister Jürgen Buhl anhand von Beispielen auf.

Das Markterkundungsverfahren sei bereits abgeschlossen, das beauftragte Büro wollte die Unterlagen für die Fördermittel jüngst hochladen, wie Waizenegger berichtet. „Auch dort gab es keine Rückmeldung diesbezüglich“, berichtet er. Ähnliche Erfahrungen schildert auch Jürgen Buhl. „Der Bund hat verschiedene Projektträger und für Baden-Württemberg ist das die PWC.“ Noch in KW 41, also in der Woche vor dem nun angekündigten Förderstopp, habe das entsprechende Büro versucht, die Förderanträge bei dem Projektträger hochzuladen. Doch eine Störung wegen Wartungsarbeiten hätte das unmöglich gemacht. Auch bei einem Telefonat sei der Eindruck vermittelt worden, dass noch ausreichend Fördermittel vorhanden seien. „Selbst die Projektträger wussten das offensichtlich nicht. Das ist eine ganz ungute Geschichte und wirklich ärgerlich“, sagt Buhl.

Es sei bereits die zweite Markterkundung gewesen, die die Gemeinde in Auftrag gegeben hatte. „Jetzt wissen wir nicht, ob es 2023 mit der bestehenden Markterkundung weitergeht“, sagt er. In Seitingen-Oberflacht sei alles so weit vorbereitet gewesen, „dass wir loslegen können. Das geht jetzt aber nicht.“ Buhl fordert: „Wir müssen Perspektiven haben, wie es weiter geht. Die haben wir aber momentan nicht, wir hängen in der Luft.“

Ähnlich sieht das auch in Fridingen aus. Nachdem die Technikzentrale für die Breitbandversorgung sowie die Leitungen zu den kommunalen Gebäuden stehen, sollen diese Ende des Jahres mit schnellem Internet versorgt werden, informiert Waizenegger. Im kommenden Jahr sollten dann eigentlich das Gewerbegebiet Obere Gasse sowie das Bildungszentrum am Vogelsang erschlossen werden. „Die Kostenberechnungen und alles war vorbereitet“, sagt Waizenegger. Doch der plötzliche Förderstopp „zerschießt uns unsere innerörtlichen Ausbauabsichten.“

So geht es auch Jörg Kaltenbach und der Verwaltung in Mühlheim. „Wir wollten im nächsten Jahr kraftvoll die nächsten Schritte gehen“, sagt er. Heißt: Die Gewerbegebiete sollten ans Glasfasernetz angeschlossen werden. „Das ist bitter. Kein Mensch hat damit gerechnet, dass jemand die Fördertöpfe zumachen könnte“, sagt Kaltenbach. Immerhin lägen die Förderkonditionen bei 90 Prozent. 50 Prozent würden vom Bund übernommen, 40 vom Land, erklärt Waizenegger. Nun wisse keiner, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Fördersätzen es weitergehen könnte.

Daher ist es nicht nur Kaltenbach wichtig, dass die Förderkonditionen im kommenden Jahr gleich bleiben. Buhl nennt ein konkretes Beispiel. Für Seitingen-Oberflacht seien bei den Vorplanungen auch außerhalb gelegene Häuser aufgenommen worden. Mit zehn Prozent Eigenbeteiligung würde die Gemeinde das mittragen können. „Sollte die Förderung geringer ausfallen, müssen wir das nochmal überlegen“, sagt er.

Bei einem Treffen am Montag in Stuttgart sei das auch dem FDP-Abgeordneten Hans-Ulrich Rülke mit auf den Weg gegeben worden, dessen Parteifreund Volker Wissing auf Bundesebene für die digitale Infrastruktur verantwortlich ist, berichtet Kaltenbach. An diesen wendet sich auch Landrat Stefan Bär. In dem Schreiben schildert er unter anderem: „Der kurzfristig verfügte Förderstopp verursacht große Verunsicherung, wie mit den gestellten aber noch nicht beschiedenen Verfahren seitens ihres Ministeriums umgegangen wird.“ Er warnt vor der Gefahr, dass die Bemühungen eines Drittels der Kommunen im Landkreis ins Leere laufen könnten. „Ganz zu schweigen von den zeitlichen Verzögerungen, die durch dieses Vorgehen eintreten, in einer Phase, in der die Digitalisierung des Ländlichen Raumes wichtiger ist denn je“, so Bär weiter, der als Beispiele die Bildung der Kinder aber auch die wirtschaftlichen Folgen nennt, sollten Unternehmen nicht konkurrenzfähig bleiben.

„Wir setzen darauf, dass die Förderungen zügig fortgeführt werden können“, sagt Waizenegger. Denn um zu planen, „brauchen wir eine hohe Verlässlichkeit“. Der Stadtchef rechnet mit Ausgaben in Höhe von rund 650 000 Euro. „Das verdeutlicht, wie wichtig diese Förderung für kleinere Kommunen ist.“ Denn während in Großstädten die Kommunikationsanbieter oft selbst in den Breitbandausbau investieren würden, seien ländliche Gebiete auf die Förderung angewiesen. „Dort, wo der Markt versagt, müssen die Kommunen eingreifen“, so Waizenegger.

Was ihm sauer aufstößt ist, dass der abrupte Antragsstopp die Planungen „auf Null zurück“ werfe und womöglich auch noch Geld verbrannt werde, wenn dann erneut ein Markterkundungsverfahren gemacht werden müsste. Konkret bedeutet das, dass die Telekommunikationsanbieter abgefragt werden müssen, ob sie innerhalb der nächsten drei Jahre Ausbaupläne haben. Ist das nicht der Fall, greife die Förderung, so Waizenegger. „Das ist sehr schwer nachvollziehbar. Und der Umgang mit der kommunalen Ebene sorgt zurecht für Unverständnis“, sagt er.

Das greift auch der Landrat in seinem Schreiben auf, denn ein „flächendeckender Glasfaserausbau durch dritte Telekommunikationsunternehmen ist bislang nicht zu erkennen“, schreibt er an Wissing. Die Kontinuität in der Förderpolitik sei daher eine Grundvoraussetzung für den Breitbandausbau. „Unser Ziel, einen flächendeckenden Glasfaserausbau bis 2025 respektive 2030 zu realisieren, wird dadurch gefährdet“, so Bär.

„Auch das Land Baden-Württemberg und die kommunalen Spitzenverbände sind von diesem nicht abgestimmten Vorgehen völlig überrascht worden“, heißt es dazu in einer Pressemitteilung der Breitbandinitiative des Landkreises Tuttlingen (BIT). Deren Ziel ist es, den Glasfaserausbau im Landkreis flächendeckend voranzubringen. „Die Kommunen haben in diesen schwierigen Zeiten große personelle und finanzielle Anstrengungen unternommen, um diese für ihre Zukunftsfähigkeit absolut wichtige Infrastruktur auf den Weg zu bringen. Der jetzt vollzogene Schritt gefährdet genau diese Zukunftsfähigkeit und schwächt die bislang getätigten Investitionen beim beinahe fertig gestellten Kreis-Backbone und den unzähligen innerörtlichen Ausbauprojekten, die in der Vergangenheit erfolgreich auf den Weg gebracht werden konnten“, heißt es dort weiter.

Daher appellieren der Landkreis Tuttlingen und die BIT in einem Brief an die Bundesregierung, „kurzfristig im Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen neue Mittel bereitzustellen und den Förderaufruf im jetzigen Förderprogramm kurzfristig wieder zu ermöglichen. Des Weiteren gilt es, bereits eingegangene Anträge zeitnah zu bescheiden und die neue Förderrichtlinie für 2023 mit ausreichenden Finanzmitteln zu hinterlegen und zum Jahreswechsel in Kraft zu setzen.“

Das fordert auch Bär: „Ganz konkret wünschen wir einen Vorgriff auf die eingeplanten Fördermittel für die Jahre 2023 und eine nahtlose Fortführung der bisherigen Förderrichtlinie in sogenannten ‚Grauen Flecken‘. Die begonnenen und im laufenden Verfahren befindlichen Projekte dürfen nicht gefährdet werden.“

Klarheit zu schaffen, das fordert auch Stefan Waizenegger. „Die Digitalisierung ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, es muss weiter gehen. Der Bund ist in der Verantwortung, auch künftig eine zuverlässige Förderkulisse zu bieten“, sagt er.
